

Medienmitteilung

DV BDP Schweiz in Langendorf bei Solothurn

„Nein“ zur Minderinitiative, „Ja“ zum Raumplanungsgesetz und zum Familienartikel

Die Delegierten der Bürgerlich-Demokratischen Partei der Schweiz BDP haben an ihrer heutigen Versammlung deutliche Parolen beschlossen. Die Basis der BDP hat damit ihrer Parteileitung, die gegen die Minderinitiative und für das Raumplanungsgesetz die ersten Kampagnenleads übernommen hat, eindrücklich den Rücken gestärkt.

Gegen die Abzockerei – für den Gegenvorschlag (www.minder-nein.ch)

Die Delegierten der BDP Schweiz lehnen die Minderinitiative mit 114 zu 7 Stimmen (5 Enthaltungen) ab. Sie sind sich einig, dass es Massnahmen braucht, sind aber überzeugt, dass die Minderinitiative die falsche Antwort auf die richtige Frage ist. Der Gegenvorschlag packt das Problem der Abzockerei wirksam an, er ist nicht eine Kompromisslösung, sondern „DIE“ Lösung. Es darf nicht sein, dass sich Manager in Zukunft weiterhin wie in einem Selbstbedienungsladen verhalten und über ihre Löhne und Abgangsentschädigungen selber bestimmen. Die Minderinitiative verbietet überrissene Löhne und Boni aber nicht und kann diese auch nicht verhindern. Vielmehr macht sie aus dem Schweizer Aktienrecht das Unflexibelste der Welt und verschlechtert die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Der Gegenvorschlag setzt die Forderungen der Initiative weitgehend um, aber ist wirkungsvoller und schneller. So verlangt er ein Vergütungsreglement, welches falsche Anreizsysteme für Manager von vornherein verhindert und es dem Aktionär ermöglicht, hier klare Spielregeln aufzustellen. Der Gegenvorschlag wirkt zudem schneller und tritt nach der Abstimmung am 3. März direkt in Kraft. Die BDP steht für verantwortungsvolles Unternehmertum ein und vertritt die Interessen der KMU in der Schweiz. Die Minderinitiative schadet aber den kleinen und mittleren Unternehmen. Sie gefährdet auch die Renten, weil bei einem „Ja“ die Pensionskassen eine teure und aufwendige Bürokratie installieren müssten. Die Initiative verfehlt deshalb ihre eigene Zielsetzung und hat zu viele negative Nebenwirkungen.

Gegen den Landverschleiss - für eine umsichtige Raumplanung (www.ja-zum-raumplanungsgesetz.ch)

Die Delegierten der BDP Schweiz sagen mit 124 „Ja“ Stimmen (3 Enthaltungen) „Ja“ zum Raumplanungsgesetz. Seit 2001 wird in der Schweiz jährlich die Fläche des Brienzersees überbaut. Das neue Raumplanungsgesetz (RPG) will die ungebremste Zersiedlung und den Landverschleiss verlangsamen, indem es Bauzonen reduziert und kompakte Siedlungen anstrebt. Insbesondere auch aus wirtschaftlicher Sicht ist ein „Ja“ zum revidierten Raumplanungsgesetz von grosser Bedeutung. Eine Aufwertung und Verdichtung der Stadt- und Dorfkerne liegt im ureigensten Interesse der KMU's. Solange am Siedlungsrand übergrosse Bauzonen mit billigem Bauland zur Verfügung stehen, besteht kein Anreiz zu solchen Aufwertungen. Warum angesichts dieser Fakten ausgerechnet der Gewerbeverband das Referendum ergriffen hat, ist für die BDP unverständlich. Aus Sicht der BDP ist es zudem unumgänglich, dass mit dem Kulturland als Produktionsgrundlage für die Schweizer Landwirtschaft sorgsamer umgegangen wird. Schon heute können verschiedene Kantone die geforderten Fruchtfolgefleichen nicht mehr ausweisen. Das Raumplanungsgesetz trägt dazu bei, dass auch künftig zumindest ein wesentlicher Anteil der Lebensmittel in Inland produziert werden kann.



Zudem haben die BDP-Delegierten mit 116 zu 5 Stimmen (7 Enthaltungen) die „Ja“-Parole zum Familienartikel beschlossen. Als moderne Partei, welche den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels Rechnung trägt, begrüsst die BDP diese neue Verfassungsgrundlage. Sie ermöglicht eine zeitgemässe und nicht zuletzt auch wirtschaftsfreundliche Familienpolitik.

Die nächste Delegiertenversammlung findet am 4. Mai 2013 in Genf statt. Die Referate und alle Unterlagen der heutigen Delegiertenversammlung finden Sie unter www.bdp.info.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51 (allgemein Informationen und Minderinitiative)

SR Werner Luginbühl, 079 481 07 69 (Raumplanungsgesetz)

NR Rosmarie Quadranti, 079 865 66 11 (Familienartikel)

19.01.2013